

SCHWÄBISCHES TAGBLATT

MITTWOCH, 4. MAI 1949

ÜBERPARTEILICHE ZEITUNG FÜR WÜRTTEMBERG UND HOHENZOLLERN

5. JAHRGANG / NUMMER 52

Schweden blickt nach Westen

WASHINGTON. Unterrichtete Kreise der amerikanischen Hauptstadt messen der Unterredung, die der USA-Botschafter in Stockholm Freeman Matthews am Montag mit Präsident Truman hatte, eine besondere Bedeutung bei. Es wird angenommen, daß der Präsident und der Botschafter, der in den nächsten Tagen nach Stockholm zurückfährt, den möglichen Beitritt Schwedens zum Atlantikpakt erörtert haben, durch den das Prestige und die Bedeutung des Verteidigungspaktes unter den skandinavischen Ländern wesentlich erhöht würden.

Die amerikanische Regierung hat bei der Ausarbeitung des militärischen Hilfsprogrammes gewisse Klauseln festgelegt, die die Nutznießerstaaten verpflichten, die aus den USA erhaltene militärische Ausrüstung nicht außerhalb der im Atlantikpakt vorgesehenen „Sicherheitszone“ zu verwenden. Das hätte praktisch zur Folge, daß die Franzosen und Holländer amerikanische Ausrüstungen nicht in Französisch-Indochina oder Indonesien verwenden könnten. Das Staatsdepartement erwägt sogar einen Vorschlag, wonach ausdrücklich zur Bedingung gemacht werden soll, daß auch nicht etwa an Stelle amerikanischer Waffen eine gleiche Menge von in den Empfängerländern hergestellten Waffen in irgendwelche Gebiete verschickt werden dürfen.

Englische Botschaft bleibt in Nanking

Flugzeuge der Nationalregierung versenken eigene Kriegsschiffe auf dem Jangtse

LONDON. Aus Kreisen der Labour Party wird zur Lage in China erklärt, daß die britische Regierung sich nicht von ihrem Ziel der Aufrechterhaltung ihrer Position in China abbringen lassen werde. Der Botschafter werde in Nanking bleiben, man hoffe, dadurch Beziehungen zu den chinesischen Kommunistenführern herstellen zu können.

Dagegen lehnt es die britische Admiralität ab, zu einer am Montag im „Daily Telegraph“ veröffentlichten Meldung über die bevorstehende Entsendung eines Kreuzers und zweier Kanonenboote neuester Bauart zur Verstärkung des Fernostgeschwaders Stellung zu nehmen. Zurzeit besteht dieses aus zwei 10.000-Tonnen-Kreuzern, von denen einer bei dem Jangtse-Zwischenfall schwer geschädigt worden ist. In drei Wochen wird außerdem der 8000-Tonnen-Kreuzer „Jamalka“, der sich auf der Fahrt von den Bermudas nach dem Gelben Meer befindet, zur Fernostflotte stoßen. Außerdem kann die Admiralität im Fall erster Schwierigkeiten auf die Einheiten des Ostindiengeschwaders zurückgreifen. Allerdings verfügt auch dieses nicht über einen Flugzeugträger.

Flugzeuge der nationalchinesischen Regierung haben sechs eigene Kriegsschiffe, die in Nanking in die Hände der Kommunisten gefallen waren, versenkt. Von den zwölf Kriegsschiffen auf dem Unterlauf des Jangtse konnten, als die Kommunisten den Fluß überschritten, nur vier entkommen. Ferner sollen von Schanghai aus gestartete Flugzeuge im Laufe der letzten zehn Tage die Eisenbahnstrecke Nanking-Schanghai, sowie die Straße Nanking-Hangtseu bombardiert haben.

Attlee über „Commonwealth“

LONDON. Auf Anfrage eines konservativen Abgeordneten, der seiner Besorgnis darüber Ausdruck gab, daß die Bezeichnung „Commonwealth“ immer häufiger an Stelle des Begriffes „Empire“ gebraucht werde, erklärte Premierminister Attlee im Unterhaus: „Wenn unsere Begriffsbezeichnungen von Nutzen sein sollen, so müssen sie sich den Entwicklungen anpassen, ohne starr oder doktrinär zu sein. Die verfassungsmäßigen Wandlungen im Commonwealth, im britischen Commonwealth und im britischen Empire — ich benutze diese drei Bezeichnungen, die drei verschiedenen, wenn auch ineinandergreifenden Einheiten charakterisieren, mit Absicht — waren Gegenstand der Beratungen zwischen den Regierungen seiner Majestät. Es wurden keinerlei Vereinbarungen getroffen, die den Gebrauch eines dieser drei Begriffe festlegen oder ablehnen.“

In informierten Kreisen vertritt man die Auffassung, daß die britische Regierung unter „Commonwealth“ die Gesamtheit der Länder aller Rassen und Nationalitäten verstehe, die den König als direkten Souverän oder als das Haupt der freien Vereinigung unabhängiger Mitgliedstaaten des Commonwealth anerkennen, wobei Indien, Pakistan und Ceylon inbegriffen seien. Der Begriff „British Commonwealth“ beziehe sich auf das Vereinigte Königreich, seine Kolonien und die Dominien Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrikanische Union, unter dem des „British Empire“ sei nur das Vereinigte Königreich mit seinen Kolonien zu verstehen.

Katholischer Schulausschuß wehrt sich

KÖLN. Der Schulausschuß des Zentralkomitees der deutschen Katholiken richtete ein Schreiben an die Fraktionen des Parlamentarischen Rates, in dem es heißt, die parlamentarische Mehrheit in Bonn stelle sich in einem scharfen Gegensatz zu dem klaren Willen der Mehrheit des Volkes, wenn sie das Elternrecht nicht anerkenne, auf das die katholischen Eltern niemals verzichten würden.

Außenministerkonferenz in London

Aufnahme Westdeutschlands, Griechenlands und der Türkei in den Europa-Rat?

LONDON. Am Dienstag traten im St. James-Palast die Außenminister Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens, der Niederlande, Luxemburgs, Schwedens, Norwegens, Dänemarks, Italiens und Irlands zu der angekündigten Konferenz zusammen, um das von der Botschafterkommission ausgearbeitete Statut für den Europa-Rat zu billigen. Sie wurden mittags von Außenminister Bevin empfangen und waren abends Gäste des Königs-paares.

Nach dem Statut wird sich der künftige Europa-Rat aus dem Ministerkomitee, in das jeder der zehn Mitgliedstaaten einen Vertreter entsendet, und aus der Beratenden Versammlung, die aus 87 von jedem Land nach seinem Ermessen bestimmten Delegierten besteht, zusammensetzen. Von diesen Abgeordneten entfallen auf Frankreich, Großbritannien und Italien je 18, auf Belgien, die Niederlande und Schweden je sechs, auf Dänemark, Norwegen und Irland je vier und auf Luxemburg drei.

Der norwegische Außenminister Lange sagte bei seiner Ankunft in Oslo: „Ich hoffe, daß wir mit Sorgfalt vorgehen und nicht den zweiten Schritt vor dem ersten machen.“ In diesem Sinne waren die Mächte offensichtlich

bestrebt, so wenig wie möglich von ihrer Souveränität an das neue Europaorgan abzutreten, denn die Bewegungsfreiheit des Europa-Rates wird nach dem Entwurf durch zahlreiche Sicherheitsklauseln eingeschränkt. So kann z. B. das Ministerkomitee, soweit es sich nicht um reine Verfahrensfragen handelt, seine Beschlüsse nur einstimmig fassen. Wenn es ein Veto in irgendeiner Frage einlegt, kann dieselbe von der Beratenden Versammlung, die nur einmal im Jahr für die Dauer eines Monats zusammentreten soll, nicht behandelt werden. Die Beschlüsse bedürfen der Zweidrittelmehrheit und haben nur den Charakter von Empfehlungen an das Ministerkomitee. Mit der Unterzeichnung des Statuts durch die Außenminister wird am Donnerstag gerechnet.

In den bisherigen Beratungen der Konferenz wurde vor allem die Frage erörtert, ob Griechenland und die Türkei sowie nach der Bildung einer Bundesregierung auch Westdeutschland zur Entsendung von Vertretern in den Europäischen Rat eingeladen werden sollen. Außerdem wurde ein vorläufiges Programm für die erste Sitzung des Rates ausgearbeitet, die in diesem Sommer in Straßburg stattfinden soll.

Im Unterhaus antwortete Staatssekretär Mayhew auf Anfrage eines Labourabgeordneten, England werde sich der Einbeziehung Franco-Spaniens in den Europa-Rat, die OEEC, den Atlantikpakt oder in die Westunion widersetzen. Die Regierung habe nicht die Absicht, eine Aktion zu unterstützen, die darauf abziele, die Empfehlung der Vereinten Nationen über die Zurückziehung der Botschafter aus Spanien und über den Ausschuß der gegenwärtigen spanischen Regierung aus den gesonderten Körperschaften der Vereinten Nationen rückgängig zu machen.

Der Londoner Korrespondent der Pariser „Liberation“ will wissen, daß Bevin und Schuman die Gelegenheit ihres gegenwärtigen Zusammensitzens dazu benützen würden, eine gemeinsame Haltung gegenüber Rußland festzulegen. Angesichts der New Yorker Gespräche zwischen Amerika und Rußland wollten sie über folgende Punkte Klarheit gewinnen: Was muß getan werden, wenn die Sowjetregierung eine Zurückziehung aller Besatzungstruppen vorschlägt, und was, wenn sie das föderalistische Prinzip für ganz Deutschland annimmt und die Gegenforderung stellt, in der internationalen Ruhrbehörde vertreten zu sein?

Westmächte beraten unter sich

Keine Illusionen über die Schwierigkeiten bei der Lösung des deutschen Problems

NEW YORK. Am Montagabend trafen sich die Vertreter der USA, Großbritanniens und Frankreichs bei den UN, Philipp Jessup, Alexander Cadogan und Jean Chauvel, um über die weiteren Verhandlungen mit der UdSSR zu besprechen. Die Zusammenkunft erfolgte auf Initiative von Jessup, der am vergangenen Wochenende mit Staatssekretär Acheson in Washington verhandelt hatte. Ein Sprecher der amerikanischen UN-Delegation teilte mit, die Westmächte beabsichtigten, sich mit dem Vertreter der UdSSR, Jakob Malik, wegen Festsetzung des nächsten Zusammentreffens in Verbindung zu setzen.

In einer gemeinsamen Erklärung der Westmächtevertreter kam zum Ausdruck, daß seit Beginn der Besprechungen zwischen Jessup und Malik Großbritannien und Frankreich eingehend über deren Verlauf informiert worden seien.

Am Montagabend traf sich auch der britische Botschafter in Washington, Sir Oliver Franks, zu einer halbtägigen Unterredung mit dem Staatssekretär Acheson, um, wie er anschließend erklärte, mit Acheson die Lage in Berlin zu besprechen.

Ehards föderalistisches Gewissen

MÜNCHEN. Ministerpräsident Dr. Ehard erklärte in einer Pressekonferenz am Montag: „Ich werde mich durch keinerlei „Torschlussschließung“ in Bonn beeinflussen lassen. Die bayerische Staatsregierung ist nach wie vor bemüht, auf kulturellem Gebiet, sowie in der Finanz- und Bundesratsfrage Verbesserungen durchzusetzen, die das Grundgesetz in Einklang mit unserem föderalistischen Gewissen bringen können. Es gehört eben auch zu einer umsichtigen deutschen Politik, mit bestimmten bayrischen Tatsachen zu rechnen. An dieser Umsicht würde es fehlen, wenn man die Verfassung des neuen Bundesstaates ohne die Zustimmung Bayerns zustande kommen ließe. Es gibt für mich keine separatistischen Hintergedanken. Mein „Nein“, wenn es notwendig werden sollte, würde besser zur Befriedigung im neuen Bund beitragen, als ein falsches, abgepreßtes „Ja“. Bayern hat so und so als Rückhalt föderalistischer Denkweise im kommenden Bundesstaat eine Aufgabe zu erfüllen, für die es sich sauber halten muß.“

Der bayerische FDP-Vorsitzende Dr. Dehler kündigte dem Kultusminister Dr. Hundhammer (CSU) und Dr. Baumgartner (Bayernpartei) den Kampf an, weil sie sich gegen die Bonner Arbeit gewandt hatten.

Bewährungsprobe der Gewerkschaften

WASHINGTON. Mit der Auseinandersetzung um das „Taft-Hartley“-Gesetz, die gestern im amerikanischen Parlament begonnen hat, ist die große Bewährungsprobe für das amerikanische Gewerkschaftswesen gekommen. Dieses Gesetz war 1947 von dem damals überwiegend republikanischen Kongreß angenommen worden. Es hat die Vorrechte der Gewerkschaften, die diese unter Roosevelt erreicht hatten, vor allem das Streikrecht, wesentlich eingeschränkt. Truman übernahm im Wahlkampf die Verpflichtung, sich aktiv für seine Aufhebung einzusetzen. Er legte dem Kongreß den sogenannten „Lessinski-Entwurf“ vor, der freilich auch noch über den Rechtszustand des früheren „Wagner“-Gesetzes hinausgeht, indem er der Regierung das Recht vorbehalten will, einen Streik zu verbieten, sobald er für die nationale Sicherheit und das Wirtschaftsleben der Nation gefährlich zu werden droht.

Gegner der Aufhebung des Taft-Hartley-Gesetzes sind neben den Republikanern die „abtrünnigen Demokraten“ der Südstaaten. Diese Koalition brächte einen Gegenentwurf ein, der nur geringfügige Änderungen der gegenwärtigen Regelung vorsieht.

Die dritte Phase

Von Dr. E. G. Paulus, Paris

Seit einigen Wochen hat sich das Bild des außenpolitischen Teils der Pariser Zeitungen verändert. Ein neues Thema, das täglich mehr Raum und mehr Interesse beansprucht, ist aufgetaucht. Dieses neue und seit Jahren nicht mehr behandelte Thema heißt: deutsche Innenpolitik. Der französische Zeitungsleser weiß heute nicht nur über die Stellungnahme von CDU und SPD zu den Tagesereignissen Bescheid, sondern er bildet sich bereits über die verschiedenen Gruppen innerhalb der beiden großen deutschen Parteien ein Urteil. „Was ist Europa?“ Europa ist die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland. Kommt sie nicht zustande, gibt es kein Europa —, sagte vor einigen Wochen der General de Gaulle im Verlauf einer Pressekonferenz. Mag also zwischen den Methoden, die de Gaulle anwenden möchte, und denen, welche die heutige französische Regierung gebraucht, ein noch so großer Unterschied bestehen, darüber, daß die von Churchill als erstem nach diesem Krieg in seiner Rede an der Züricher Universität geforderte und von den USA heute ebenfalls stärkstens gewünschte französisch-deutsche Verständigung das Ziel sein muß, besteht kein Zweifel mehr.

Die französische Deutschlandpolitik hat nach dem zweiten Weltkrieg einige Veränderungen durchgemacht. Die erste Phase, die von dem Gedanken getragen war, Deutschland nach diesem zweiten Weltkrieg für Generationen unschädlich zu machen und bei anhaltender Zusammenarbeit der Alliierten als politischer Faktor auszuschalten, dauerte bis 1947, in welchem Jahr bei der Pariser Konferenz im Juni und bei der Londoner Konferenz im November es offensichtlich wurde, daß der Gegensatz zwischen den USA und der Sowjetunion sich immer mehr verschärfte und die von Bidault betriebene Politik, den Vermittler zwischen den beiden Weltmächten zu spielen, sinnlos wurde. Es folgte eine Übergangsperiode, in der die französische Außenpolitik überhaupt keine festen Konturen mehr annahm.

Mit dem Einzug von Robert Schuman im Quai d'Orsay ist die französische Deutschlandpolitik in eine dritte Phase eingetreten. Die Gründe für den Erfolg der neuen Außenpolitik bestehen darin, daß Robert Schumans durchdachte Politik im Ziel konstruktiv, in der Methode logisch und realistisch ist. Daß dieser Außenminister außerdem noch vorbildliche menschliche Eigenschaften hat, bescheiden und klug, arbeitsam und unermüdet ist, geräuschlos, aber methodisch und zähe sein Werk verfolgt, kann diesem nur neuen Nutzen bringen.

Robert Schuman hat aus der Geschichte der letzten Jahrzehnte viel gelernt. Da er als Lothringer Frankreich und Deutschland, die Sprache, Kultur und Lebensgewohnheiten beider Länder gleich gut kennt, ist er für das deutsch-französische Problem ein Fachmann, wie es einen ähnlichen an höchster Stelle weder im Quai d'Orsay, noch in der Wilhelmstraße jemals gegeben hat. Schuman weiß, daß man die als „deutsche Gefahr“ bezeichnete Gefahr einer deutsch-französischen Rivalität, die jedesmal zu einem für beide Völker unheilvollen Krieg führte, weder damit bannen kann, daß man Deutschland unterdrücken will, noch damit, daß man diese Gefahr ignoriert. Robert Schuman glaubt nicht daran, mit einem Mehrheitsbeschluß die Vereinten Staaten von Europa herstellen oder das deutsche und das europäische Problem lösen zu können. Er weiß, daß dieses so schwer zu konstruierende Gebäude nur Stein für Stein erbaut werden kann. Die deutsch-französische Beziehung gehört zu den Grundmauern. Sind diese schlecht, wird das ganze europäische Gebäude nichts taugen. Als Schuman den Quai d'Orsay übernahm, war der ehemalige Botschafter François-Poncet noch der Außenpolitiker der Pariser Zeitung „Le Figaro“ und vertrat eine Deutschlandpolitik, die der bis dahin vom Quai d'Orsay verfolgten Linie oft recht kritisch gegenüberstand und für eine französisch-deutsche Verständigung sich offen einsetzte. Die Exekutive der Deutschlandpolitik lag aber damals noch ausschließlich bei den die Besatzung ausübenden Militärs. Unter Schuman wurde François-Poncet wieder ins Außenamt zurückgeholt und im November mit einem Sonderauftrag nach Deutschland entsandt, um die Verbindungen zwischen der französischen Besatzungszone in Deutschland und dem französischen Außenministerium enger zu knüpfen, gleichzeitig aber um die ersten politischen Kontakte zwischen Frankreich und Deutschland anzubahnen und die bevorstehende politische Entwicklung vorzubereiten. In einigen Wochen wird François-Poncet, wenn alles gut geht, der französische Hochkommissar und damit der höchste Repräsentant der französischen Regierung in Deutschland sein.

Schuman glaubt, daß die Einigung Europas nur auf dem föderalistischen Weg zu erreichen ist. Er geht dabei von seinem Weg zum föderalistischen Europa nicht ab. Das zeigt die Hartnäckigkeit, mit der er Ende Januar in London seinen Sieg errang, als es darum ging, die Bildung eines europäischen Parlaments durchzusetzen. Bevin hat damals seine Haltung sehr schnell verändert. Der Korrespondent der „Neuen Züricher Zeitung“ schrieb aus Lon-

Die Mitschuldigen

Tatbestand: Ein Gastwirt hat zwei Rinder schwarzgeschlachtet. Im letzten Sommer...

Das Rätsel Irma Stauch

Professor Kretschmer, Tübingen, als Gutachter in einem Stuttgarter Mordprozess

Eigener Bericht des 'Schwäbischen Tagblatts'

von einem rationalen Ueberbau und stark entwickelter Willensseite und hebt die egozentrischen...

Mit Ueberlegung

Ihre Verteidigung führte Irma Stauch durch aus von der Intelligenz- und nicht von der Gefühlseite her...

Das Gutachten der Tübinger Psychiater, das die geistig seelischen Hintergründe der Tat ausdeutelt...

Die Inselstadt als 'Steuerbrücke'

Württembergische Einkommensteuer erstmals in einer bayerischen Stadt

Von unserem Lindauer Mitarbeiter

Der Militärregierung des Kreises Lindau liegt eine Rechtsanordnung zur Genehmigung vor...

Wunsch, es möchte ein geeigneter Ersatz für die frühere Bürgersteuer geschaffen werden...

Der Beschlus der Lindauer Stadträte stand ganz im Zeichen der Forderung die der Oberbürgermeister aussprach...

Die südwestdeutschen Sängerverein

Liebe zu Kunst und Lied kennt keine sozialen Gegensätze

Tübingen. In Konstanz fand die zweite Tagung der Arbeitsgemeinschaft der südwestdeutschen Sängerbünde statt...

Quer durch die ... Ludwigsburg. Die Bürgermeister des Kreises Ludwigsburg haben eine Entschließung gefaßt...

Tübingen. Nach Mitteilung der Bank Deutscher Länder können die zum 3. Mai aufgerufenen blauen 20-DM-Scheine...

Lindau. Die Lindauer Zweigstelle der Landeszentralbank wurde ermächtigt, sowohl im Reise- als auch im kleinen Grenzverkehr...

Für alt und jung Interessant Unterhaltsam Lehrreich Heimatsverbunden Das ist die Sonntags-Zeitung

paß, österreichische Schillinge abzugeben. Ein Reisender, der mehr als 10 Kilometer nach Österreich einreist...

Rund 50000 Besucher hatten die anlässlich der festlichen Ostertage in Ravensburg durchgeführte Ausstellung...

Schulentslassung am 1. Juli

Tübingen. Mit Rücksicht auf den Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften hat das Kultministerium...

Margueriten für das Rote Kreuz

Tübingen. Am kommenden Samstag und Sonntag führt das Rote Kreuz eine Haus- und Straßensammlung durch...

Internationales Jugendtreffen

G.M. Freudenstadt. Über die Pfingstfeiertage vom 4. bis 6. Juni dieses Jahres wird von der franz. Jugendbewegung...

Das Rätsel des Fledermausfluges

In diesem Jahre kehrt zum 150. Mal der Todestag eines der größten Naturforscher aller Zeiten wieder...

Dijkgraaf in Holland und vor allem von Galambos und Griffith in den Vereinigten Staaten gefunden wurde.

Diese Forscher gingen bei ihren Untersuchungen auf dem schon von Spallanzani gewiesenen Weg folgerichtig weiter...

Die Schallquelle ist offenbar das Maul. Denn ein umherfliegendes Tier hört ratternde oder tickende Laute aus...

Die Fledermaus ist aber nicht nur in der Lage, die Entfernung von Gegenständen auf akustischem Weg festzustellen...

Kehren wir zurück zu Spallanzani. Was er zur Lösung des Problems auf Grund des damaligen Standes der Physik beitragen konnte...

'Aus dem Goethe-Schillerschen Lebenskreis' Seitdem die wärmere Jahreszeit herrscht, ist im Schiller-Nationalmuseum...

von 'Hermann und Dorothee' übersendet, sowie Familienbriefe verschiedener Art drücken neben einigen Zeichnungen...

Es sind etwa 100 Originalhandschriften, ebenso viele Bilder, Scherenschnitte und Plastiken, nebst einer reizen Zahl Erstausgaben...

Die Stuttgarter Akademie Erstmals seit ihrer Wiedereröffnung tritt die Staatliche Akademie der bildenden Künste...

Auf dem in Basel tagenden internationalen Universitätskongress ist beschlossen worden, ein internationales Sozialwissenschaftliches Institut...

